Inhalt

Änderungshistorie	2
I. Steuer	3
a) Abgabefrist Steuererklärungen 2020 und Verzinsung	3
b) Umsatzsteuersenkung auf Verzehr von Speisen an Ort und Stelle auf 7%	3
c) Umsatzsteuersenkung auf alles andere von Juli 2020 bis Dezember 2020	3
d) degressive Abschreibung wieder für 2020 und 2021	4
e) Verlängerung der Investitionsfristen	4
f) Abschreibung innerhalb eines Jahres für Hard- und Software	4
g) Einzelhandel: keine Umsatzsteuer auf Sachspenden bis Ende 2021	4
II. Lohn- und Gehaltsabrechnung	6
a) Gehaltsrisiko	6
b) Hilfe für Eltern bei Verdienstaussfall	7
c) Verlängerter Bezug Kinderkrankengeld auch für die coronabedingte Kinderbetreuung	8
d) Entschädigungsanspruch wegen Quarantäne	9
e) Kurzarbeitergeld (KUG)	10
1. Grundsätzliches	10
2. Arbeitshilfen	12
3. Innerbetriebliche Regelung der Kurzarbeit (ohne Betriebsrat)	13
4. Einsatz von Urlaub	15
5. Überstundenabbau	15
6. Hinzuverdienst für den Beschäftigten in KUG	16
7. Absicherung des Arbeitgebers hinsichtlich Nebeneinkommen bei den Beschäftigten im KUG	16
8. KUG für Familienangehörige als Mitarbeiter	17
9. Zusammentreffen KUG und gestundete Sozialbeiträge	17
10. Belehrung des Mitarbeiters über Steuerfolgen des KUG durch den Arbeitgeber	17
f) Ausführliche arbeitsrechtliche Hinweise	18
g) Neufassung Corona-Arbeitsschutzverordnung	18
III. Zuschüsse	19
a) Landesprogramm „Sachsen PLUS“	19
b) Neustarthilfe für Soloselbständige	19
c) Überbrückungshilfe IV	23
d) Coronabegründete Umsatzeinbußen- Schadensminderungspflicht	28
e) Entschädigungen für Selbständige, die wegen Quarantäne nicht arbeiten können	29
f) Entschädigungen für Selbständige, die wegen Kinderbetreuung aufgrund von Schul- und Kita-Schließung nicht arbeiten konnten	29
g) Abrechnung Corona Soforthilfe Sachsen	30
IV. Aktuelle Verordnungen	31

Änderungshistorie

Änderungsdatum	Kapitel	Abschnitt	Erläuterung
...			
18.03.2022	Aktuelle Verordnungen		Link auf neue Verordnung
21.03.2022	Lohn- und Gehaltsabrechnung	Arbeitsschutzverordnung	Aktualisierung
27.03.2022	Zuschüsse	Sachsen PLUS	Anträge bei SAB jetzt möglich
04.04.2022	Aktuelle Verordnungen		Link auf neue Verordnung
	Lohn- und Gehaltsabrechnung	Kurzarbeitergeld	Verlängerung beschlossen
	Zuschüsse	Überbrückungshilfe IV	Verlängerung um das zweite Quartal 2022
14.04.2022	Zuschüsse	Neustarthilfe 2022	Verlängerung um das zweite Quartal 2022

I. Steuer

a) Abgabefrist Steuererklärungen 2020 und Verzinsung

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen wurde für 2020 bis zum 31.08.2022 verlängert.

Auch der Zinslauf für Nachzahlungszinsen beginnt erst für 2020 ab dem 30.09.2022.

b) Umsatzsteuersenkung auf Verzehr von Speisen an Ort und Stelle auf 7%

Verlängert bis Dezember 2022

Gastronomie, Hotels angefangen mit dem Frühstück bis hin zur Halb- und Vollpension, Cafés, Imbisse etc. werden so seit dem Juli 2020 entlastet. Getränke sind dabei außen vor.

Ausführliches dazu in unserer Information

⇒ [Umsatzsteueränderungen](#)

c) Umsatzsteuersenkung auf alles andere von Juli 2020 bis Dezember 2020

Die Steuersätze wurden in diesem halben Jahr vorübergehend gesenkt
von 19% auf 16%
von 7% auf 5%.

Ausführliches dazu in unserer Information

⇒ [Umsatzsteueränderungen](#)

d) degressive Abschreibung wieder für 2020, 2021 und 2022

Die degressive Abschreibung mit 25% ist wieder möglich für Anschaffungen in 2020 bis 2022.

e) Verlängerung der Investitionsfristen

Die in 2020 bis 2021 auslaufenden Investitionsfristen für Investitionsabzugsbeträge (§ 7g EStG) und Ersatzbeschaffungen (§ 6b EStG) wurden verlängert: Für 2017 gebildete Abzugsbeträge haben Steuerpflichtige danach 5 Jahre für die geplante Investition Zeit. Für 2018 gebildete Investitionsabzugsbeträge sind nunmehr 4 Jahre vorgesehen.

f) Abschreibung innerhalb eines Jahres für Hard- und Software

Mit Wirkung vom 01. Januar 2021 kann Software und bestimmte Computerhardware (Computer, Notebooks Small-Scale-Server, externe Netzteile, Peripheriegeräte – soweit Produktart nach Norm EU Ecolabel in den technischen Unterlagen entsprechend angegeben) steuerlich mit einem Jahr Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Auch bereits vorher angeschaffte Wirtschaftsgüter, die noch nicht abgeschrieben sind, können für 2021 umgestellt und damit der Restwert sofort abgeschrieben werden.

[Nutzungsdauer von Computerhardware und Software zur Dateneingabe und -verarbeitung \(bundesfinanzministerium.de\)](https://www.bundesfinanzministerium.de)

g) Einzelhandel: keine Umsatzsteuer auf Sachspenden bis Ende 2021

Per Billigkeitsregelung wird bis zum Jahresende 2021 bei „unmittelbar und nicht unerheblich negativ wirtschaftlich betroffenen Einzelhändlern“ auf die

Umsatzbesteuerung bei Sachspenden an steuerbegünstigte Organisationen verzichtet.

[Umsatzsteuer; Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Sachspenden; Keine Umsatzbesteuerung von Sachspenden von Einzelhändlern an steuerbegünstigte Organisationen vom 1. März 2020 bis zum 31. Dezember 2021 \(bundesfinanzministerium.de\)](#)

Umsatzsteuer wird bei Spenden nach dem 01.01.2022 wieder fällig!

TIPP: Besser ist da der Verkauf zu einem sehr niedrigen Preis, gegebenenfalls nach einer Geldspende. Nach dem Willen der Finanzverwaltung, wird dann nur dieses niedrige Entgelt der Umsatzsteuer unterworfen; BMF Schreiben vom 18.03.2021. [Umsatzsteuer; Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Sachspenden; Bemessungsgrundlage bei Sachspenden \(bundesfinanzministerium.de\)](#)

In den FAQ ist als Untergrenze unter dem Stichwort „Welche Alternative gibt es zur Sachspende“ genannt: 5% vom Wiederbeschaffungswert. [Bundesfinanzministerium - Fragen und Antworten zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Sachspenden](#)

II. Lohn- und Gehaltsabrechnung

a) Gehaltsrisiko

Kommt es zu einer virusbedingten Einstellung der Tätigkeit von Arbeitnehmern, ist es für die Frage des Lohnfortzahlungsanspruchs entscheidend, wer das Risiko des Arbeitsausfalls zu vertreten hat.

Betriebsschließungen, seien es nach § 618 BGB notwendige oder behördlich angeordnete, fallen in die Sphäre des Arbeitgebers und berühren den Gehaltsanspruch der Mitarbeiter grundsätzlich nicht.

Infizierte und damit krankheitsbedingt arbeitsunfähige Arbeitnehmer haben Anspruch auf Lohnfortzahlung nach dem EFZG.

Können Mitarbeiter ihrer Arbeitspflicht nicht nachkommen, weil die Kindertagesstätte, der Kindergarten oder die (Grund-) Schule kraft behördlicher Weisung vorsorglich geschlossen wird und sie sich mangels Alternativen selbst um die Kinderbetreuung kümmern müssen,

- [grundsätzlich:] ist dies ihrem Risikobereich mit der Folge zuzuordnen, dass der Arbeitgeber für die Zeit der Verhinderung nicht zur Gehaltsfortzahlung verpflichtet ist ABER
- **Neue Vorschrift im Infektionsschutzgesetz – siehe nächster Abschnitt „Hilfe für Eltern bei Verdienstaustausch“**

Hinweis:

Etwas anderes gilt, wenn das Kind selber infiziert, d. h. erkrankt ist. Dann steht dem Arbeitnehmer, der sich um sein Kind kümmert, ein Anspruch auf Freistellung und Gehaltsfortzahlung nach § 616 BGB zu, sofern die Anwendung dieser Vorschrift nicht tarif- oder einzelvertraglich abbedungen wurde, und die Verhinderung nur einen "verhältnismäßig nicht erheblichen Zeitraum" (Höchstfrist 6 Wochen lt. BGH) umfasst.

b) Hilfe für Eltern bei Verdienstaussfall

Zwei Möglichkeiten: Erweitertes Kinderkrankengeld und Leistung nach dem Infektionsschutzgesetz nach Aussage der Landesdirektion Sachsen kann dabei von den Eltern gewählt werden, welche Leistung sie in Anspruch nehmen. Lediglich ein gleichzeitiger Bezug ist ausgeschlossen.

https://www.lids.sachsen.de/soziales/?ID=16340&art_param=854.

Hier: Neureglung des § 56 Infektionsschutzgesetz:

- wer als erwerbstätiges Elternteil wegen Schul- oder Kitaschließung nicht zur Arbeit kann
- weil eine Betreuung der eigenen Kinder unter 12 Jahren (oder behindert) anderweitig nicht sichergestellt werden kann mögliche Notbetreuung ist vorrangig in Anspruch zu nehmen und
- dass Gleitzeit- beziehungsweise Überstundenguthaben ausgeschöpft ist
- und die Betreuungsmöglichkeit nicht ohnehin wegen Ferienzeiten geschlossen hätte
- **erhält** eine Entschädigung von 67 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens (maximal 2.016 Euro pro vollem Monat) für bis zu zehn Wochen.
- Sollte im Betrieb Kurzarbeit bestehen, ist diese jedoch vorrangig abzurechnen.

Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sind Arbeitnehmer lediglich verpflichtet, den Urlaub aus dem Vorjahr zur Sicherstellung der Kinderbetreuung einzusetzen und bereits vorab

verplanten Urlaub, der ohnehin während des Zeitraums der Schließungen in Anspruch genommen werden sollte, anzutreten. Zugleich wird klargestellt, dass Arbeitnehmer nicht verpflichtet werden können, ihren gesamten Jahresurlaub für das laufende Kalenderjahr in Anspruch zu nehmen, bevor sie den Entschädigungsanspruch geltend machen können.

https://www.ssg-sachsen.de/fileadmin/Redaktion/02_Mitgliederbereich/Fachbereiche/R8/Corona-Virus/Tagesbriefe/2020-04-06_TB15_Anlage_2_BMAS_Vorrang_des_Urloabsanspruches.pdf

Die Auszahlung hat der Arbeitgeber zu tragen, der bei der zuständigen Landesbehörde einen Erstattungsantrag stellen kann. Zuständig in Sachsen ist die Landesdirektion Sachsen

https://www.lids.sachsen.de/soziales/?ID=16304&art_param=854

c) Verlängerter Bezug Kinderkrankengeld auch für die coronabedingte Kinderbetreuung

- berufstätige, gesetzlich krankenversicherte Eltern (anderer Versicherungsstatus auch, siehe übernächster Punkt), die selbst Anspruch auf Krankengeld haben, können in 2021 für 30 statt zehn Tage Kinderkrankengeld pro gesetzlich krankenversichertem Kind und Elternteil beantragen – auch für die coronabedingte Kinderbetreuung zu Hause
- Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch auf 60 Tage pro Kind und Elternteil.
- Arbeitnehmer, die keinen Anspruch auf Pandemie-Kinderkrankengeld haben (z.B. privat versicherte Arbeitnehmer oder geringfügig Beschäftigte) können mit Wirkung ab 31.03.2021 nun auch eine Freistellung mit Anspruch auf eine steuerfreie Verdienstauffallentschädigung (67 % pauschales Netto lt. Kug-

Tabelle 2021, max. 2.016,00 EUR im Monat) beantragen, wenn der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wurde oder eine behördliche Empfehlung vorliegt, die Kita/Schule nicht zu besuchen

- coronabedingte Kinderbetreuung zu Hause liegt vor, wenn
 - Schulen und Kitas geschlossen sind,
 - Präsenzpflcht an der Schule aufgehoben oder
 - Zugang zum Betreuungsangebot der Kita eingeschränkt ist
- Voraussetzung ist, dass es im Haushalt keine andere Person gibt, die das Kind betreuen kann
- Ist das Kind krank, muss der Betreuungsbedarf gegenüber der Krankenkasse mit einer Bescheinigung vom Arzt nachwiesen werden.

Muss ein Kind aufgrund einer Schul- oder Kitaschließung zu Hause betreut werden, genügt eine Bescheinigung der jeweiligen Einrichtung.

Muster als Hilfestellung: [20210120-musterbescheinigung-data.pdf \(bmfsfj.de\)](https://www.bmfsfj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/20210120-musterbescheinigung-data.pdf?__blob=publicationFile)

- Während des Bezugs von Kinderkrankengeld haben Eltern keinen Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz (siehe vorhergehender Abschnitt).
- Nach Aussage der Landesdirektion Sachsen kann dabei von den Eltern gewählt werden, ob sie bei Schul-/Kitaschließung das Kinderkrankengeld oder die Entschädigung zur Betreuung nach dem Infektionsschutzgesetz in Anspruch nehmen. Lediglich ein gleichzeitiger Bezug ist ausgeschlossen.

https://www.lids.sachsen.de/soziales/?ID=16340&art_param=854.

d) Entschädigungsanspruch wegen Quarantäne

Ist § 616 BGB nicht einschlägig oder beruft sich die zuständige Behörde auf die vorrangige Haftung des Arbeitgebers nach dieser Vorschrift

nicht, haben von einer Quarantäne wegen des Corona Virus betroffene Arbeitnehmer einen Entschädigungsanspruch nach § 56 IfSG. Nach dieser Vorschrift wird das (Netto-) Arbeitsentgelt bis zu einer Dauer von sechs Wochen in vollem Umfang fortgezahlt; ab der siebten Woche besteht der Anspruch in Höhe des Krankengeldes. Das Gesetz regelt für die ersten sechs Wochen eine Vorleistungspflicht für den Arbeitgeber, der sich die Zahlungsbeträge von der zuständigen Behörde erstatten lassen kann.

Seit dem 01.11.2021 ist die Erstattung für Ungeimpfte eingeschränkt, eine Übersicht gibt die IHK: [schaubild-entschaedigung-data.pdf \(ihk24.de\)](https://www.ihk24.de/schaubild-entschaedigung-data.pdf)

Hinweis:

§ 56 IfSG gewährt auch Selbständigen einen Entschädigungsanspruch, wenn sie auf Grund einer behördlichen Betriebsschließung oder Quarantänemaßnahme einen Verdienstaufschlag erleiden. Dazu zählt auch ein Anspruch auf Ersatz der in dieser Zeit nicht gedeckten Betriebsausgaben in angemessenem Umfang.

Für die Beantragung der Entschädigung gibt es nach Ende der Quarantäne eine Frist von zwölf Monaten.

Zuständig ist in Sachsen die Landesdirektion, Hinweise und Anträge finden Sie hier:

[Infektionsschutz, Entschädigung für Verdienstaufschläge aufgrund von Quarantäne - Amt24 \(sachsen.de\)](https://www.amt24.sachsen.de/infektionsschutz-entschaedigung-fuer-verdienstaufschlaege-aufgrund-von-quarantaene)

e) Kurzarbeitergeld (KUG)

1. Grundsätzliches

Bei Kurzarbeitergeld (im Folgenden KUG) erstattet die Agentur für Arbeit 60% bzw. 67% des ausfallenden Nettoentgelts. Der höhere Satz gilt für Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind.

Bei längerfristigem Bezug von KUG für über 50% Arbeitsausfall steigen die Sätze befristet bis zum 30.06.2022:

ab dem 4. Monat auf 70% / 77%

ab dem 7. Monat auf 80% / 87%.

Die folgenden Erleichterungen für die Inanspruchnahme von KUG gelten bis zum 31.12.2021 bzw. 30.06.2022:

- der Anteil der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, wurde auf 10 Prozent abgesenkt (bislang mindestens ein Drittel der Beschäftigten; nun **mindestens** 10% der Beschäftigten mit **mehr** als 10% des Arbeitsausfalls)
- auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden vor Zahlung des Kurzarbeitergeldes wird verzichtet (bisher mussten Arbeitszeitkonten im Rahmen der Betriebsvereinbarung auf das maximal mögliche **Minus** gefahren werden; zum Thema **Überstunden** s.h. eigener Abschnitt weiter unten)
- dem Arbeitgeber werden 100% der Sozialversicherungsbeiträge erstattet
nach dem 31.12.2021 bis 31.03.2022 werden nur noch 50% erstattet; die weiteren 50% werden abhängig von der betrieblichen Fortbildung der Mitarbeiter erstattet
ab dem 01.04.2022 werden keine Sozialversicherungsbeiträge mehr erstattet
- auch für Leiharbeiter kann KUG beantragt werden (vom Verleiher)

Wichtig

Das Unternehmen muss die Kurzarbeit **vorher** bei der zuständigen Arbeitsagentur **anzeigen**. Das geht auch online über die untenstehenden Seiten.

Die Arbeitsagentur prüft die Anzeige und erteilt bei Bewilligung eine Vorgangsnummer, die für den Mittelabruf benötigt wird. Für die Erstattung des KUG von der Arbeitsagentur benötigen Sie dann später monatliche Abrechnungslisten, die Sie über die Lohn- und Gehaltsabrechnung erhalten.

Der monatliche Mittelabruf / Antrag auf Kurzarbeitergeld muss innerhalb einer **Ausschlussfrist von drei Monaten** nach Ablauf des Monats, in dem es zu Kurzarbeit kam, erfolgen. Der Antrag **darf auch nicht vorzeitig abgegeben** werden, d.h. nicht bevor der Abrechnungsmonat abgelaufen ist (§§ 325 Abs. 3, 404 Abs. Nr. 25 SGB III; bußgeldbewährte Ordnungswidrigkeit).

2. Arbeitshilfen

Zugang zu Formularen für die Anzeige und den Abruf und weitere Erläuterungen

<https://www.arbeitsagentur.de/news/corona-virus-informationen-fuer-unternehmen-zum-kurzarbeitergeld>

Sinnvolle Erläuterungs- und Anleitungsvideos

<https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/kurzarbeitergeld-video>

Detaillierte Merkblätter:

https://www.arbeitsagentur.de/datei/merkblatt-8a-kurzarbeitergeld_ba015385.pdf

https://www.arbeitsagentur.de/datei/hinweise-kurzarbeitergeld_ba014273.pdf

Infos für Arbeitnehmer:

https://www.arbeitsagentur.de/datei/merkblatt-8b-kurzarbeitergeld_ba015388.pdf

Flyer für Beschäftigte zum Ausgleich finanzieller Defizite

<https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sachsen/download/1533736365792.pdf>

3. Innerbetriebliche Regelung der Kurzarbeit (ohne Betriebsrat)

Ist ein Arbeitsausfall abzusehen, kann der Arbeitgeber nicht eigenmächtig die Reduzierung der bisher mit den Mitarbeitern vereinbarten Arbeitszeiten anordnen.

Nachfolgend ein unverbindliches Muster zur Vereinbarung mit den Mitarbeitern -

-- Bitte lassen Sie sich dazu arbeitsrechtlich beraten! ---

Betriebliche Einheitsregelung zur Kurzarbeit im Unternehmen

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

wegen der aktuellen Gefährdungslage durch das Corona Virus ist zu befürchten, dass ... bspw. *einige unserer Standorte wesentliche Beeinträchtigungen im Betriebsablauf hinnehmen müssen.*

Aus diesem Grund haben wir uns darauf geeinigt, ab dem _____ verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Noch ist nicht abzusehen, wie lange die Kurzarbeit aufrechterhalten werden muss. Daher gilt diese Einheitsregelung vorerst auf unbestimmte Zeit.

Wir bitten darum, dass Sie mit Ihrer Unterschrift schriftlich Ihr Einverständnis zu dieser Maßnahme im genannten Umfang erklären.

Erklärung zum Nebeneinkommen*

Weil sich Nebeneinkommen auf die Höhe des KUG auswirken kann, muss bitte ein eventuelles Nebeneinkommen unverzüglich bei uns als Arbeitgeber gemeldet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum und Unterschrift Arbeitgeber

Ich bin mit den Änderungen einverstanden.

Ich habe kein Nebeneinkommen. Änderungen teile ich unverzüglich mit.

Ort, Datum und Unterschrift Arbeitnehmer A

Ort, Datum und Unterschrift Arbeitnehmer B

Ort, Datum und Unterschrift Arbeitnehmer C

* Hierzu eigener Abschnitt "Absicherung des Arbeitgebers hinsichtlich Nebeneinkommen bei den Beschäftigten in Kurzarbeit"

4. Einsatz von Urlaub

Wichtig: Seit dem 1. Januar 2021 muss Erholungsurlaub zur Vermeidung der Kurzarbeit eingebracht werden, wenn die Urlaubswünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem nicht entgegenstehen (§ 96 Abs. 4 S. 2 Nr. 2 SGB III).

- Resturlaub 2020 muss zur Vermeidung von Kurzarbeit eingebracht werden, bevor dieser verfällt. Erfolgt dies nicht, liegt kein unvermeidbarer Arbeitsausfall vor.

- Urlaub 2021

Besteht eine Urlaubsplanung für 2021, zum Beispiel durch eine Urlaubsliste, einen Urlaubsplan oder Betriebsferien (§ 87 I Nr. 5 BetrVG), muss dieser nicht vorher zur Vermeidung von Kurzarbeit eingebracht werden. Der Urlaub wird dann zu den geplanten Zeiten genommen. Wird von dieser Planung nur aufgrund von Kurzarbeit abgewichen, liegt kein unvermeidbarer Arbeitsausfall vor.

Gibt es keine Urlaubsplanung, muss gegen Ende des Urlaubjahres 2021 der Antritt von Urlaubsansprüchen zur Vermeidung von Kurzarbeit festgelegt werden. Das gilt aber nur, wenn der Urlaub nicht in das Urlaubsjahr 2022 übertragen werden kann. Wird dieser Urlaub nicht genommen, liegt kein unvermeidbarer Arbeitsausfall vor.

- besondere Regelungen bestehen für das Bauhauptgewerbe

[Corona-Virus: Informationen für Unternehmen zum Kurzarbeitergeld - Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](https://www.arbeitsagentur.de/Corona-Virus-Informationen-fuer-Unternehmen-zum-Kurzarbeitergeld-Bundesagentur-fuer-Arbeit)

5. Überstundenabbau

Eine Voraussetzung für den Erhalt von KUG ist, dass der Arbeitsausfall unvermeidlich ist. Der Arbeitsausfall gilt u.a. dann als vermeidbar, wenn noch Guthaben auf Arbeitszeitkonten bestehen.

Die Auflösung eines Arbeitszeitguthabens wird nicht verlangt, soweit es

- vertraglich ausschließlich zur Überbrückung von Arbeitsausfällen außerhalb der Schlechtwetterzeit bestimmt ist und 50 Stunden nicht übersteigt,
- zur Vermeidung von Saison-Kurzarbeit angespart worden ist und 150 Stunden nicht übersteigt,
- ausschließlich für eine gesetzlich mögliche Freistellung von der Arbeit oder die Verringerung der Arbeitszeit bestimmt ist,
- 10 Prozent der ohne Mehrarbeit geschuldeten Jahresarbeitszeit übersteigt oder
- länger als ein Jahr unverändert bestanden hat.

Auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden (Minusstunden) wird befristet bis zum 31. Dezember 2021 verzichtet.

[Corona-Virus: Informationen für Unternehmen zum Kurzarbeitergeld - Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](https://www.arbeitsagentur.de)

Wenn ein entsprechend vorrangiger Abbau vor KUG existenzgefährdend für das Unternehmen ist, muss unbedingt der Sachverhalt offen bei dem KUG Antrag mit der Arbeitsagentur kommuniziert werden.

6. Hinzuverdienst für den Beschäftigten in KUG

Wurde die Nebentätigkeit schon vor Beginn der Kurzarbeit durchgeführt, hat das keine Auswirkungen auf die Höhe des Kurzarbeitergeldes.

Während des Bezugs von Kurzarbeitergeld aufgenommene Nebentätigkeit: daraus erzielt Entgelt wird seit dem 01.01.2021 wieder auf das KUG angerechnet

Ein Minijob (450 Euro / Monat) bleibt **bis zum 30.06.2022** vollständig anrechnungsfrei.

[Corona-Virus: Informationen für Unternehmen zum Kurzarbeitergeld - Bundesagentur für Arbeit \(arbeitsagentur.de\)](https://www.arbeitsagentur.de)

7. Absicherung des Arbeitgebers hinsichtlich Nebeneinkommen bei den Beschäftigten im KUG

Weil sich Nebeneinkommen auf die Höhe des KUG auswirken kann (siehe vorheriger Punkt), ist der Arbeitgeber angehalten, sich vor dem KUG – Abruf zu versichern, dass die Arbeitnehmer in der Kurzarbeit kein (anzurechnendes) Nebeneinkommen haben. In dem unverbindlichen

Muster zur innerbetrieblichen Regelung ist dieser Aspekt mit aufgenommen.

8. KUG für Familienangehörige als Mitarbeiter

Wenn ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorliegt, besteht auch Anspruch auf KUG.

Für mitarbeitende Familienangehörige ist daher das Ergebnis des Statusfeststellungsverfahrens vorzuhalten. Sollte dies noch nicht durchgeführt worden sein, sollte man dies anstoßen bei der zuständigen Krankenkasse beziehungsweise direkt bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung.

<http://www.clearingstelle.de/sicherheit-fuer-mitarbeitende-familienangehoerige-schaffen.html>

9. Zusammentreffen KUG und gestundete Sozialbeiträge

Grundsätzlich zahlt der Arbeitgeber zunächst das Kurzarbeitergeld an die Arbeitnehmer aus und führt die Sozialversicherungsbeiträge an die Krankenkassen ab. Dass beides erfolgt ist muss aktiv auf dem Auszahlungsantrag von KUG bei der Arbeitsagentur bejaht werden. Sind die SV-Beiträge gestundet, sind sie nicht gezahlt. Der Umstand muss ausdrücklich - nicht nach dem Abruf! - mit der Arbeitsagentur abgeklärt werden. In finanziellen Notlagen soll ein abweichender Ablauf einzeln abstimmbaar sein.

10. Belehrung des Mitarbeiters über Steuerfolgen des KUG durch den Arbeitgeber

Aus dem Rechtsgrundsatz der Fürsorgepflicht als Arbeitgeber könnte es notwendig sein, die Mitarbeiter auf die Folgen des KUG bei deren privater Einkommensteuererklärung vorzubereiten.

Lohnersatzleistungen wie Kurzarbeitergeld über 410 EUR im Jahr führen zu einer Veranlagungspflicht zur Einkommensteuer und evtl.

Steuernachzahlungen. Wenn gewünscht, kann durch uns auf die Lohnabrechnung ein entsprechender Hinweistext abgedruckt werden.

f) Ausführliche arbeitsrechtliche Hinweise

[Microsoft Word - FAQ â•fi Arbeitsrechtliche Folgen einer Pandemie \(StandJuni 2020\)-2020-06-25-11-20-00 \(arbeitgeber.de\)](#)

g) Neufassung Corona-Arbeitsschutzverordnung

Die Neufassung ist am 20. März 2022 in Kraft getreten und gilt bis zum 25. Mai 2022.

Sie enthält im Wesentlichen Aussagen zu Basisschutzmaßnahmen zum betrieblichen Infektionsschutz. Der Arbeitgeber hat nun zu prüfen, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit zu gewährleisten. Dabei sind insbesondere das regionale Infektionsgeschehen und besondere tätigkeitsspezifische Infektionsgefahren zu berücksichtigen.

[ref-neufassung-sars-cov-2-arbeitsschutzverordnung-maerz-2022.pdf \(bmas.de\)](#)

III. Zuschüsse

a) Landesprogramm „Sachsen PLUS“

- frei verwendbare Betriebskostenpauschale für die Monate November 2021, Dezember 2021 und Januar 2022
- für kleine sächsische Unternehmen, die aufgrund des geringen Kostenblockes kaum von der fixkostenorientierten Überbrückungshilfe profitieren und Angestellte haben und deshalb keine Neustarthilfe beantragen können
- pauschal für drei Monate
- Voraussetzung: coronabedingter Umsatzrückgang >70% im Dezember 2021 im Vergleich zu 2019
- max. 1.500 Euro je Monat – angerechnet wird die Überbrückungshilfe, d.h. Ü III PLUS bzw. IV, aber nicht:
 - Personalkostenpauschale, Eigenkapitalzuschuss, Zuschüsse für Kosten Azubis, Hygiene, Werbung, Warenabschreibungen sowie branchenspezifische Hilfen
- Frist für Antragsstellung: bis zum 30. Juni 2022
- Antragstellung direkt vom Unternehmer über die Sächsische Aufbaubank (SAB)

[Corona-Zuschuss Sachsen Plus | Sächsische AufbauBank \(SAB\)](#)

b) Neustarthilfe für Soloselbständige

kein Rechtsanspruch, wenn Mittel erschöpft dann Ende

Einzelunternehmer können Anträge [HIER](#) direkt stellen

die Bedingungen finden Sie hier:

[Überbrückungshilfe Unternehmen - Startseite \(ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de\)](https://ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de)

- eigenständiges Programm zum pauschalen Ersatz entgangener Einnahmen für Soloselbständige im Haupterwerb mit relativ geringen betrieblichen Fixkosten
- Achtung: [Schadensminderungspflicht](#)
- Rechtsform ist egal, d.h. Einzelunternehmen, GbR`s, GmbH`s für bis zu vier Gesellschaftern
- kann nur STATT der Überbrückungshilfe (Fixkostenzuschuss) in Anspruch genommen werden
- **Soloselbständiger** ist wer für
 - Neustarthilfe PLUS 3. Quartal 2021 und
 - Neustarthilfe PLUS 4. Quartal 2021
zum 29.02.2020 oder 30.06.2021
 - Neustarthilfe 2022 1. Quartal 2022 und
 - Neustarthilfe 2022 2. Quartal 2022
zum 29.02.2020 oder 31.12.2021weniger als ein Vollzeit-Äquivalent beschäftigt hat (der Soloselbständige zählt dabei nicht mit).

Teilzeitverträge von Beschäftigten werden dabei wie folgt gerechnet:

auf 450 Euro-Basis = Faktor 0,3
bis 20 Stunden = Faktor 0,5
bis 30 Stunden = Faktor 0,75
über 30 Stunden = Faktor 1

- **nur im Haupterwerb** antragsberechtigt (Einkommen im Referenzzeitraum (im Normalfall das Jahr 2019) zu mindestens 51 Prozent aus dieser selbständigen Tätigkeit)
Dabei und zur Berechnung der Höhe der Betriebskostenpauschale werden Einkünfte aus **unständiger Beschäftigung** den Umsätzen aus Soloselbständigkeit gleichgestellt.
- Zuschuss von bis zu 4.500 Euro jeweils für 3./4. Quartal 2021 bzw. 1./2. Quartal 2022, wenn die Umsätze **coronabedingt** gegenüber dem Referenzumsatz 2019 um mindestens 10% zurückgehen

- **coronabedingt** ist ab dem 2. Quartal 2022 konkret anhand dieser Fragen zu begründen:

Von welchen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

Von welchen branchenweiten Schwierigkeiten im Zuge der Corona-Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

Von welchen unternehmensindividuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

- Zuschusshöhe: 50 Prozent des Referenzumsatzes **und ergänzenden Einkünften aus abhängiger Beschäftigung, Lohnersatz wie Arbeitslosengeld, Elterngeld, Renten u.ä.**
- der Referenzumsatz bildet sich wie folgt
 - durchschnittlicher Quartalsumsatz 2019
 - wenn 2019 Geschäftstätigkeit unterbrochen wegen Elternzeit, Pflegezeit, Krankheit, dann
 - ein beliebiges Quartal 2019 oder
 - der Durchschnitt der vollen Monate der Geschäftstätigkeit in 2019
 - Durchschnitt aus Umsatz Januar und Februar 2020 oder
 - Durchschnitt aus Monatsumsätzen im III. Quartal 2020 oder
 - Durchschnitt aus Schätzung 2020er Umsatz aus Anmeldebogen beim Finanzamt
 - wenn 2019 Umsatz ungewöhnlich niedrig wegen anderen Gründen als Elternzeit, Pflegezeit, Krankheit, dann
 - ein beliebiges Quartal 2019 oder
 - der Durchschnitt der vollen Monate der Geschäftstätigkeit in 2019
 - bei Gründung zwischen 1.1.19 und 31.10.20 bzw. 30.09.2021:
 - Durchschnitt der vollen Monate der Geschäftstätigkeit in 2019 oder
 - Durchschnitt aus Umsatz Januar und Februar 2020 oder

- Durchschnitt aus Monatsumsätzen im III. Quartal 2020 bzw. 2021 oder
 - Durchschnitt aus allen vollen Monatsumsätzen 2020 bzw. 2021 oder
 - Durchschnitt aus Schätzung 2020 bzw. 2021er Umsatz aus Anmeldebogen beim Finanzamt
- abhängig von der tatsächlichen Umsatzentwicklung **zuzüglich Einkünften aus abhängiger Beschäftigung, Lohnersatz wie Arbeitslosengeld, Elterngeld, Renten u.ä.** ist die Starthilfe anteilig zurückzuzahlen (Beispiele; Grundsatz erzielter Umsatz und Förderung = max. 90% des Referenzumsatzes)
 - Endabrechnung durch Selbstprüfung
 - Direktanträge für 1. Halbjahr 2021 bis zum 31.12.2021
 - Anträge über StB für 1. Halbjahr bis zum 30.06.2022

 - Direktanträge für 3./4. Quartal 2021 bis zum 30.06.2022
 - Anträge über StB für 3./4. Quartal 2021 bis zum 31.12.2022

 - Direktanträge für 1./2. Quartal 2022 bis zum 30.09.2022
 - Anträge über StB für 1./2. Quartal 2022 bis zum 31.12.2022

Vorschuss bleibt in voller Höhe erhalten, wenn die Summe aus Umsatz/anrechenbare Einkünfte während des jeweiligen Förderzeitraums

- 3. Quartal 2021 beziehungsweise
- 4. Quartal 2021 beziehungsweise
- 1. Quartal 2022 beziehungsweise
- 2. Quartal 2022

und die Neustarthilfe zusammen nicht mehr als 90% des Referenzumsatz 2019 ergeben.

Übersteigt die Summe aus Umsatz und anrechenbarer Einkünfte sowie die Hilfe die 90%, ist die Hilfe insoweit, d.h. anteilig bis zu dieser Grenze zurückzuzahlen.

- unverbindliche Hilfen:

[Die wichtigsten Fakten und Links zur Neustarthilfe | VGSD Selbstständig vereint](#)

im Teil Endabrechnung findet sich auch ein **Neustarthilfe-Kalkulator**

- Die Antragstellung ist für
 - Neustarthilfe 2022 1. beziehungsweise 2. Quartal 2022
bis zum 15.06.2022 möglich

c) **Überbrückungshilfe IV**

kein Rechtsanspruch, wenn Mittel erschöpft dann Ende

die Bedingungen finden Sie hier: [Überbrückungshilfe Unternehmen - FAQ zur Überbrückungshilfe IV \(ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de\)](#)

- Förderzeitraum Januar bis Juni 2022
- Antragstellung bis 15.06.2022
- Antragsberechtigung: Tätigkeit muss vor dem 30.09.2021 aufgenommen worden sein
- Keine Geschäftsaufgabe vor dem 31.03.2022 (wenn nur beantragt für Januar bis März), ansonsten 30.06.2022 und auch nicht vor Auszahlung des Zuschusses
- mindestens einen Arbeitnehmer zum 29.02.2020 bzw. 31.12.2021 oder
Soloselbständiger/ Ein-Personen-GmbH im Haupterwerb (>50% der Einkünfte in 2019)

- Vergleichszeitraum 01-03/2019 oder für kleine Unternehmen alternativ wieder der Durchschnittsjahresumsatz 2019
- Umsatzrückgang von mind. 30% zum Referenzmonat erforderlich
 - warum die Umsatzeinbußen corona-bedingt sind, muss für den Antrag soweit wie möglich vom betroffenen Unternehmen dargelegt und dokumentiert werden
 - Achtung: [Schadensminderungspflicht](#)

- **coronabedingt** ist ab sofort konkret anhand dieser Fragen zu begründen:

Von welchen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

Von welchen branchenweiten Schwierigkeiten im Zuge der Corona-Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

Von welchen unternehmensindividuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist das Unternehmen aktuell betroffen?

- Zuschusshöhe

Max. Umsatz (inkl. Anzahlungen) lt. UStVA <i>inkl. nicht steuerbar oder steuerfrei</i> im Vergleich zum Vorjahresmonat	Erstattung der Fixkosten des jeweiligen Monats zu ...
< 30%	90 %
30% bis 50%	60 %
>50% bis 70%	40 %
mind. 71%	0 %

- Eigenkapitalzuschuss pro Monat mit Antragsberechtigung
 - 30% auf die Fixkostenerstattung nach Nr. 1 bis 11 des Fixkostenkataloges, wenn coronabedingter Umsatzrückgang im Dezember 2021 und Januar 2022 im Vergleich zu Dezember und Januar 2019 durchschnittlich mind. 50%
 - 50% auf die Fixkostenerstattung nach Nr. 1 bis 11 des Fixkostenkataloges bei Betroffenheit von abgesagten Advents- und Weihnachtsmärkten und wenn coronabedingter Umsatzrückgang im Dezember 2021 im Vergleich zu Dezember 2019 mind. 50%

- Eingrenzung zur Zahlungsweise der begünstigten Kosten:
 - **Barzahlung** nicht mehr begünstigt
 - **Vorkasserechnungen** werden akzeptiert, wenn die Lieferung und Leistung zum Zeitpunkt der Antragstellung ansonsten erst Ansatz in der Schlussabrechnung, wenn der **Nachweis der** Lieferung und Leistung innerhalb der Antragsfrist **erbracht**
 - **Abschlagszahlungen** maximal bis zu einer Höhe von 50 %, wenn **Nachweis der** Lieferung und Leistung spätestens bis zur Schlussabrechnung **erbracht**

- begünstigte Kosten:
 1. Mieten und Pachten für Gebäude, Grundstücke und Räumlichkeiten
 2. Weitere Mietkosten, insbesondere für Fahrzeuge und Maschinen
 3. Zinsaufwendungen für Kredite und Darlehen
 4. handelsrechtliche Abschreibungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 50 Prozent des Abschreibungsbetrages verderbliche Waren (Lebensmittel/Kosmetika etc.) zu Einkaufspreisen Saisonware im Handel vgl. Punkt 17
 5. Finanzierungskostenanteil von Leasingraten
 6. Ausgaben für notwendige Instandhaltung, Wartung oder Einlagerung von Anlagevermögen und gemieteten Vermögensgegenständen, einschließlich der EDV; aber nicht Renovierung
 - defekte Wirtschaftsgüter können bis zur GWG Grenze (stets NETTO 800,00 EUR)
 - nur notwendige Maßnahmen im engen Sinne (nicht: Renovierung, Umbau, Beseitigung von Investitionsstau, nicht betriebsnotwendige Maßnahmen)
 - “soweit die Ausgaben jene aus 2019 nicht übersteigen, ist davon auszugehen, dass die Kosten betriebsnotwendig sind”
 7. Ausgaben für Elektrizität, Wasser, Heizung, Reinigung
 8. Grundsteuern

9. Betriebliche Lizenzgebühren

10. Versicherungen, Abonnements und andere feste Ausgaben

11. Kosten für den prüfenden Dritten für die Beantragung der Corona-Überbrückungshilfe

12. Personalaufwendungen im Förderzeitraum, die nicht von Kurzarbeitergeld erfasst sind – d.h. nicht alle Angestellten sind komplett in Kurzarbeit - , werden pauschal mit 20 Prozent der Fixkosten nach den Ziffern 1 bis 11 gefördert

13. Kosten für Auszubildende

14. ~~nicht mehr Kosten für Investitionen in Digitalisierung,~~

15. Marketing- und Werbekosten

Position ist in der Zusammenschau von Ü III und Ü III Plus auf die Kosten in 2019 begrenzt

16. Hygienemaßnahmen zur Umsetzung von Hygienekonzepten.

- ~~nicht mehr bauliche Maßnahmen~~
- [Anhang 3](#) zu den FAQ ist nun eine "abschließende Liste" der begünstigten Kosten
 - Anschaffung mobiler beziehungsweise Nachrüstung bereits bestehender stationärer Luftreiniger beispielsweise durch Hepafilter oder UVC-Licht
 - Anschaffung Handtrockner beispielsweise mit Hepafilter oder UVC-Licht
 - Anschaffung Dampfreiniger (bspw. mit UVC-Licht) zur Oberflächen- und Bodenreinigung
 - Anschaffung von Besucher-/Kundenzählgeräten
 - Anschaffung mobiler Raumteiler
 - Schulung von Mitarbeiter/innen zu Hygienemaßnahmen
 - Nicht-bauliche Maßnahmen zur Nutzung des Außenbereichs bei schlechterem Wetter (Heizpilz, Sonnenschirm, etc.)
 - Einmalartikel zur Umsetzung von Hygienemaßnahmen, wie Schnelltests, Desinfektionsmitteln und Schutzmasken.
 - **NEU:** Sach- und Personalkosten für die Umsetzung von Corona-Zutrittsbeschränkungen. Diese Personalkosten sind förderfähig

unabhängig davon, ob diese Kosten intern (durch eigenes Personal) oder extern (durch Beauftragung eines Dienstleisters)

Statt durch Einzelnachweis kann ein Pauschalbetrag von 20 € pro Öffnungstag (und Filiale ?) geltend gemacht werden.

weitere begünstigte Kosten durch Sonderregelungen:

17. Einzelhandel/Hersteller/Großhändler:

- Abschreibungen auf aktuelle, spezifische **Herbst-/Wintersaisonware 2021/2022**
 - nicht bereits im Angebot in der letzten Saison oder davor
 - nicht saisonübergreifend im Sortiment
 - Einkauf vor dem 1. Januar 2022 und
 - Auslieferung an den Händler bis zum 31. März 2022können als Fixkosten angesetzt werden
- Abschreibungen auf aktuelle, spezifische **Frühjahrs-/Sommersaisonware 2022**
 - nicht bereits im Angebot in der letzten Saison oder davor
 - nicht saisonübergreifend im Sortiment
 - Einkauf vor dem 1. April 2022 und
 - Auslieferung an den Händler bis zum 30. Juni 2022können als Fixkosten angesetzt werden

- Abschreibung = Einkaufspreis zzgl. einzeln zurechenbare Anschaffungsnebenkosten wie Transport abzüglich Abgabepreis
 - maximal 90% des Einkaufspreises
 - 100% des Einkaufspreises nur bei Spende unverkäuflichen Ware für wohltätige Zwecke (Restrisiko bei Umsatzsteuer)
- letzter/entscheidender Bewertungstichtag ist der 30.06.2022 bzw. der 30.09.2022 (Frühjahrs-/Sommerware)

- Die Abschreibung kann bestmöglich und frei innerhalb der Antragsmonate angesetzt werden

[Material zu diesem Thema](#)

18. Veranstaltungs- und Kulturbranche

19. **Reisebranche:**

- Provisions- und Margenregelung
- Berücksichtigung von Kosten durch Absagen und Stornierungen (Ergänzung der externen Vorbereitungs- und Ausfallkosten um eine 50-prozentige Pauschale für interne Kosten oder die anteiligen tatsächlich angefallenen Personalkosten)
- zusätzlich zur allgemeinen Personalkostenpauschale für jeden Fördermonat eine Anschubhilfe in Höhe von 20 Prozent der Lohnsumme, die im entsprechenden Referenzmonat 2019 angefallen ist
- wieder Vorschüsse und Schlussabrechnung mit Nachzahlungsmöglichkeit für die betroffenen Unternehmer

d) Coronabegründete Umsatzeinbußen-Schadensminderungspflicht

- besonders zu betrachten sind Schließungen aus wirtschaftlichen Gründen, d.h. dass auch die Leistungen eingestellt werden, die zwar nach der jeweils aktuellen Corona-Verordnung möglich wären, aber nicht wirtschaftlich sind
- wegen der Schadensminderungspflicht gefährdet eine „freiwillige“ Schließung die Antragsberechtigung im Ganzen
- Sonderregelung für Januar und Februar 2022 ist in Punkt 1.2 des FAQ geregelt
- von angeordneten Corona-Zutrittsbeschränkungen (3G, 2G, 2G Plus) oder vergleichbaren Maßnahmen (Verbot touristischer Übernachtungen, Sperrstundenregelungen etc.) betroffene Unternehmen müssen darlegen, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes (betriebs-)wirtschaftlich unwirtschaftlich wäre

- die wirtschaftlichen Ursachen der freiwilligen Schließung oder Einschränkung des Geschäftsbetriebs müssen dem prüfenden Dritten gegenüber dokumentieren werden, der prüfende Dritte muss die Angaben nachvollziehen und plausibilisieren
- unwirtschaftlich könnte zum Beispiel sein, wenn die auf Grund von 3G, 2G und 2GPlus zu erwartenden Umsatzerlöse nicht ausreichen würden, um die variablen Kosten zu decken

e) Entschädigungen für Selbständige, die wegen Quarantäne nicht arbeiten können

§ 56 IfSG gewährt auch Selbständigen einen Entschädigungsanspruch, wenn sie auf Grund einer behördlichen Betriebsschließung oder Quarantänemaßnahme einen Verdienstaufschlag erleiden. Dazu zählt auch ein Anspruch auf Ersatz der in dieser Zeit nicht gedeckten Betriebsausgaben in angemessenem Umfang.

Für die Beantragung der Entschädigung läuft nach Ende der Quarantäne Frist von zwölf Monaten.

Zuständig ist in Sachsen die Landesdirektion, Hinweise und Anträge finden Sie hier:

[Infektionsschutz, Entschädigung für Verdienstaufschläge aufgrund von Quarantäne - Amt24 \(sachsen.de\)](https://www.amt24.sachsen.de/infektionsschutz/entschaedigung-fuer-verdienstaufschlaege-aufgrund-von-quarantaene)

f) Entschädigungen für Selbständige, die wegen Kinderbetreuung aufgrund von Schul- und Kita-Schließung nicht arbeiten konnten

Wer während der Pandemie seine Kinder betreuen muss, weil Krippe, Kita, Schule und Hort durch die Behörden geschlossen wurden und deshalb vorübergehend nicht arbeiten kann, hat unter bestimmten Voraussetzungen einen Entschädigungsanspruch. Im

Infektionsschutzgesetz ist geregelt, dass Betroffene teilweisen Ersatz für ihren Verdienstausschlag erhalten.

[Infektionsschutz, Entschädigung für Verdienstausschläge aufgrund von Quarantäne - Amt24 \(sachsen.de\)](#)

g) Abrechnung Corona Soforthilfe Sachsen

- betrifft die Soforthilfen von maximal 9.000 bzw. 15.000 €, die die betroffenen Unternehmen im Frühjahr 2020 direkt beantragten
- sind eine Subvention, deren Beantragung, Abrechnung etc. allein in der Verantwortung des Unternehmers liegt
- wir dürfen dazu rechtlich nicht beraten; hier ist unverbindlich die allgemein dazu verfügbare Faktenlage zusammengestellt
- die SAB hat Anfang November 2021 an die mit der Liquiditätshilfe unterstützten Unternehmer eine „Mitteilung an die Finanzbehörden“ verschickt
- wir kümmern uns im Rahmen des Jahresabschlusses darum, dass der Betrag korrekt in die steuerliche Gewinnermittlung 2020 mit einbezogen wird
- ob und wieviel von der Hilfe tatsächlich behalten werden darf, ist davon abhängig, wie hoch tatsächlich der betriebliche, coronabedingte Liquiditätsengpass **für 3 bzw. 5 Monate** im Zeitraum **15. März bis 30. Oktober 2020** war
- auf der verlinkten [SAB Seite](#) wurde wieder die Excel-Tabelle eingestellt, die genauer die zu berücksichtigenden Einnahmen und Sachausgaben auflistet
- danach sind die Empfänger der Liquiditätshilfe verpflichtet, diese hinsichtlich des tatsächlichen Eintritts zu ermitteln und entsprechend ganz oder teilweise zurückzuzahlen
- Die Positionen müssen sorgfältig und einzeln anhand der Kontoauszüge und Rechnungsbelegen zusammengestellt werden und sind **NICHT einfach aus der Buchhaltung ablesbar**, da laut der SAB-Excelvorlage die Einnahmen nach dem ZUFLUSS und die Ausgaben nach der FÄLLIGKEIT dem Liquiditätszeitraum zuzuordnen sind.
Nur zur ersten Orientierung der zu analysierenden Vorgänge können aus der Buchhaltung die detaillierten Kontenblätter 2020 zu den Einnahmearten und Sachausgaben dienen, die Zusammenstellung muss manuell erfolgen.

- der Liquiditätszeitraum von 3 bzw. 5 Monaten kann frei im Zeitraum 15. März bis 30. Oktober gewählt werden
- Personalkosten sind an sich nicht begünstigt, mindern aber die Umsatzerlöse

IV. Aktuelle Verordnungen

Corona Schutzverordnung

--wegen Auslaufen der meisten Maßnahmen, aktuell nicht eingepflegt --

[Amtliche Bekanntmachungen - Coronavirus in Sachsen - sachsen.de](https://www.sachsen.de/amtliche_bekanntmachungen_coronavirus_in_sachsen)

Die vorstehenden, überwiegend aktuellen Hinweise, sind unseres Erachtens verlässlich und sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewährleistung für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Genauigkeit sämtlicher Inhalte.